

18. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Danny Freymark (CDU)**

vom 18. August 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. August 2020)

zum Thema:

**Auswirkungen des Kohleausstiegs in der Lausitz auf die Wasserversorgung der Spree**

und **Antwort** vom 02. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Sep. 2020)

Senatsverwaltung für  
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Danny Freymark (CDU)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

**A n t w o r t**  
**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24567**  
**vom 18. August 2020**  
**über Auswirkungen des Kohleausstiegs in der Lausitz auf die Wasserversorgung**  
**der Spree**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie bewertet der Senat den geplanten Kohleausstieg in Brandenburg und Sachsen?

Antwort zu 1:

Der beschlossene, bundesweite Kohleausstieg wird begrüßt. Inwiefern Brandenburg und Sachsen Kohleausstiegspläne verfolgen, ist nicht bekannt und kann daher nicht bewertet werden.

Frage 2:

Welche Vor- und welche Nachteile sieht der Senat im geplanten Ausstieg für das Land Berlin?

Antwort zu 2:

Der Kohleausstieg auf Landes- und Bundesebene trägt maßgeblich zur Erreichung der Klimaschutzziele, Reduzierung umweltschädlicher Emissionen und damit Schonung der Umwelt bei. Der Kohleausstieg in Brandenburg und Sachsen hätte direkte umweltentlastende Auswirkungen auf die Spree, denn der aktive Bergbau verursacht hohe Sulfateinträge. Vor dem Hintergrund der umwelt- und klimaschutzpolitischen Bedeutung wirkt das Land Berlin auf einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 hin und verfolgt mit der Umsetzung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie „Kohleausstieg und nachhaltige Fernwärmeversorgung Berlin 2030“ einen ambitionierten Kohleausstiegspfad.

Frage 3:

Welche Folgen, die durch eine ausbleibende Einleitung von Grubenwasser aus dem Tagebau in der Lausitz in die Spree entstehen würden, erwartet der Senat für Berlin und die angrenzenden Gebiete und wie bewertet der Senat diese?

Antwort zu 3:

Nach Einstellung der Sumpfungswassereinleitungen und mit dem fortschreitenden Klimawandel zeichnet sich ein deutlicher Rückgang der Abflüsse ab. Die Einleitungen des aktiven Bergbaus in der Lausitz verursachen ca. 65 % der Sulfateinträge in die Spree, so dass sich die Sulfatkonzentrationen im Zulauf nach Berlin voraussichtlich verringern werden. Durch den Rückgang der Abflüsse werden, sofern keine adäquaten Maßnahmen ergriffen werden, zukünftig aber die geforderten Mindestwasserabflüsse deutlich unterschritten und daher nicht mehr alle Nutzeransprüche ausreichend erfüllt werden können. Bei Eintreten der prognostizierten Verringerung des Wasserdargebots (z.B. Grundwasserneubildung) und gleichzeitig erhöhtem Wasserbedarf (z.B. Landwirtschaft) in der Region, kommt es zu Konflikten zwischen Nutzungsansprüchen und Sicherung von Mindestabflüssen in der Spree und somit zu erhöhten Ansprüchen an die Speisung der Gewässer aus den Speichern. Die Niedrigwasserjahre 2018, 2019 und 2020 lassen bereits erahnen, welche bedeutsamen Herausforderungen zur Stützung des Wasserhaushaltes auf Bund, Länder und Verursacher zur Aufrechterhaltung der wasserwirtschaftlichen Anforderungen für das Spreesystem zukommen.

Die Veränderung des Wasserdargebotes sowie wetter- und klimabedingte Einflüsse bedürfen eines strategischen Wassermanagements (Oberflächengewässer und Grundwasser), um langfristig Bedarfe und Dargebot in Balance zu halten. Wie sich die Zuflusssituation nach Berlin vor dem Hintergrund des umfassenden Strukturwandels in der Lausitz und dem Klimawandel letztendlich entwickeln wird, kann derzeit noch nicht abschließend quantifiziert werden. Die Bundesregierung hat daher ein Projekt zum Thema „Wasserwirtschaftliche Folgen des Braunkohleausstiegs in der Lausitz“ beim BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) aufgelegt, das im Sommer 2020 startet. Erste Ergebnisse sind in zwei bis drei Jahren zu erwarten.

Frage 4:

Welche Informationen liegen dem Senat darüber vor, wonach die Beendigung des Tagebaus in der Lausitz dazu führen wird, dass die Spree künftig deutlich weniger Wasser führen wird? Wie bewertet der Senat diesen Sachverhalt und wie hoch wird das Defizit geschätzt?

Antwort zu 4:

Die Abflussverhältnisse im Einzugsgebiet der Spree sind stark anthropogen beeinflusst. Neben der aktiven Bewirtschaftung der Speicher hat die Braunkohlegewinnung besonders tiefgreifend und nachhaltig in den Wasserhaushalt der Lausitz eingegriffen. In der Lausitz ist bis heute durch Hebung von Grubenwasser ein Grundwasserdefizit von ca. 6-7 Mrd. m<sup>3</sup> entstanden. Dieses setzt sich zusammen aus knapp ca. 1 Mrd. m<sup>3</sup> im stillgelegten Bereich (LMBV - Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft) und gut 5 Mrd. m<sup>3</sup> im aktiven Bergbaubereich (LEAG - Lausitz Energie Kraftwerke AG/Lausitz Energie Bergbau AG). Die Seeflächen der Tagebaurestseen betragen im Lausitzer Land aktuell

12.500 ha und es wird von mittleren jährlichen Verdunstungsverlusten von ca. 3 m<sup>3</sup>/s (92,5 Mio. m<sup>3</sup>) ausgegangen. Nach Auslaufen des Braunkohlentagebaus wird voraussichtlich eine Fläche von 15.000 ha durch Wasserflächen bedeckt sein, was eine mittlere jährliche Verdunstung von 3,57 m<sup>3</sup>/s entspricht, wobei die Verdunstung maßgeblich im Sommer erfolgt und somit die Verdunstungsverluste in den Sommermonaten deutlich höher ausfallen. Die Sumpfung zur Wasserfreimachung und -freihaltung der Lagerstätten des aktiven Bergbaus betragen aktuell ca. 10 m<sup>3</sup>/s. Die eine Hälfte wird als Kühlwasser und zur lokalen Stützung von Feuchtgebieten verwendet. Die andere Hälfte ist abflusswirksam und das gehobene Grundwasser wird in die Spree eingeleitet, wobei durch die Konstanz der bergbauseitigen Spreeeinleitungen dieser, insbesondere in den Sommermonaten, einen bedeutenden Anteil am Spreewasseranteil ausmachen kann. Für Berlin werden die Abflussverhältnisse maßgeblich, jedoch auch durch den Spreewald, durch Wasserüberleitungen und Wasserentnahmen geprägt. Der Spreewald, mit seinem weitverzweigten Gewässernetz, vielen Staustufen und Fließen, stellt einen bedeutsamen Wasserverbraucher dar.

Frage 5:

Welche Absprachen mit den Ländern Brandenburg und Sachsen über mögliche Maßnahmen, die die Wasserversorgung der Spree sicherstellen sollen, fanden und finden konkret statt?

Antwort zu 5:

Die Wasserbewirtschaftung im Flussgebiet der Spree erfolgt in laufender Abstimmung zwischen den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Berlin sowie der LMBV und der LEAG auf Grundlage der „Grundsätze für die länderübergreifende Bewirtschaftung der Flussgebiete Spree, Schwarze Elster und Lausitzer Neiße“ innerhalb der Arbeitsgruppe Flussgebietsbewirtschaftung Spree Schwarze Elster. In dieser Arbeitsgruppe werden die Bewirtschaftungsgrundsätze (nutzbarer Betriebsraum der Speicher, erforderliche Mindestabflüsse, Flutungsentnahmen, Ausleitempfehlungen aus Speichern und Tagebaurestseen sowie Immissionsrichtwerte) festgelegt. Zudem werden die Auswirkungen des Klimawandels und Braunkohleaustiegs in weiteren Unterarbeitsgruppen behandelt.

Im Rahmen des oben genannten Projektes zum Thema „Wasserwirtschaftliche Folgen des Braunkohleaustiegs in der Lausitz“ sollen auch Handlungserfordernisse und Managementoptionen erarbeitet werden. Hier sollen einzugsgebietsbezogene, potentielle Maßnahmen, wie z.B. Erschließung weiterer Wasserspeicher, Wasserüberleitung Oder und Elbe, neu bewertet werden. Basis der Zusammenarbeit ist eine unter Bundesbeteiligung agierende länderübergreifende Steuerungsgruppe, die sich eng mit den dafür zuständigen Fachbehörden, insbesondere für Wasserwirtschaft, Bergbau, Raumordnung, Naturschutz, Abfallwirtschaft und Bodenschutz und mit den Trägern des Sanierungsbergbaues der Länder bzw. der Flusseinzugsgebiete proaktiv abstimmt.

Frage 6:

Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um die Wasserversorgung der Spree trotz des Kohleaustiegs sicherzustellen?

Antwort zu 6:

Zu den Maßnahmen zur Stützung des Spreeabflusses siehe Antwort zu Frage 5. Mit Blick auf die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung *aus* der Spree in Berlin erarbeitet die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz derzeit den „Masterplan Wasser“. Ziel des Masterplans Wasser ist es, auf Grundlage von Analysen zukünftiger Veränderungen wasserwirtschaftlich relevanter Rahmenbedingungen und darauf aufbauender Risikobetrachtungen, Strategien und Handlungsoptionen zu erarbeiten, um die Trinkwasserversorgung, den Gewässerschutz und eine angepasste Abwasserentsorgung der Metropolenregion zu sichern. Er bildet die Grundlage für die kurz-, mittel- und langfristige Strategie der Wasserwirtschaft in Berlin.

Frage 7:

Wie bewertet der Senat die Option eines früheren Kohleausstiegs vor dem Hintergrund, dass dies die Wasserversorgung in Berlin möglicherweise gefährden könnte?

Antwort zu 7:

Ein zügiger Ausstieg aus der Gewinnung der Braunkohle zur Erreichung der Klima- und Energieziele wird grundsätzlich begrüßt.

Ein möglicher früherer Kohleausstieg macht den ohnehin vorhandenen Handlungsdruck mit Blick auf die bereits aktuell drängenden wasserwirtschaftlichen Herausforderungen hinsichtlich Wasserdargebot und die Bedarfe der Anrainer in dem Flusseinzugsgebiet der Spree noch dringlicher, insbesondere unter Berücksichtigung der langen Planungsprozesse.

Daher ist eine differenzierte Betrachtung auch unter Berücksichtigung der wasserwirtschaftlichen Anforderungen notwendig. Als Beispiel sei hier das Kraftwerk Jänschwalde angeführt, welches Kühlwasser aus dem Grubenwasser des Tagebaus Jänschwalde bezieht. Mit Auslaufen des Tagebaus Jänschwalde im Jahr 2022/23, ist geplant den Kühlwasserbedarf für das Kraftwerk Jänschwalde bis zur Stilllegung durch Wasserentnahmen aus der Spree zu decken, welches weiter die angespannte wasserwirtschaftliche Situation verschärfen würde. Dieses Beispiel zeigt, dass eine Abstimmung der energiepolitischen Ziele mit den wasserwirtschaftlichen Anforderungen zwingend erforderlich ist.

Berlin, den 02.09.2020

In Vertretung  
Stefan Tidow  
Senatsverwaltung für  
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz